



Gorleben ist verbrannt

Auf dem Endlagersymposium im Berliner Logenhaus diskutierten Fachleute und die interessierte Öffentlichkeit von Donnerstag bis Samstag über geologische, planerische, politische und ethische Aspekte der Atommüllendlagerung. Der Dialog ist zu begrüßen. Ob die Endlagersuche offen und fair verlaufen wird, wird sich am Umgang mit den Standort Gorleben zeigen.

Auf den ersten Blick wirkt der Entwurf als Kühnes, sicherheitsorientiertes Unterfangen, kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg das Positionspapier Sigmar Gabriels. Eine Million Jahre Sicherheit sollen durch den Einschluss in ein Wirtsgestein gewährleistet sein, die Verantwortung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle solle nicht auf kommende Generationen abgewälzt werden. Einen nachvollziehbaren Plan, wie ein solches Lager gegen künftige menschliche Ein- und Zugriffe wirksam geschützt werden kann bzw. wie über diesen atemberaubenden Zeitraum kommunizierbar ist, dass radioaktiver Müll an jenem Ort versenkt wurde, ist dem Papier nicht zu entnehmen. Verantwortungsvolles Handeln ist nicht gleichbedeutend mit Machbarkeitswahn, es setzt vor allem voraus, dass auf die weitere Nutzung der Atomkraft zügig verzichtet wird.

Auf den zweiten Blick liest sich das Positionspapier überdeutlich als Vorfestlegung auf Gorleben als nukleares Endlager für hochradioaktive Abfälle. Es wird nur noch auf eine geologische Barriere, den sogenannten einschlusswirksamen Gebirgs-



bereich, gesetzt. Damit wird die geologische Beschaffenheit des Deckgebirges beliebig: wasserführende Schichten im Deckgebirge über dem Salzstock Gorleben, das Fehlen einer wasserabschirmenden Tonschicht, durchaus vergleichbar mit der absaufenden Deponie Asse II, dem Pilotprojekt für Gorleben, sind kein Ausschlussgrund mehr. Das

ist ein Spiel mit dem Wasser, Korrosion der Behälter und die Freisetzung von Radioaktivität wären die Folge. Ein Standortvergleich wird in dem Papier trotz aller verbalen Bekundungen des Umweltministers nicht zwingend vorgeschrieben. Die desaströsen geologischen Befunde – 5 von 9 Experten sprachen sich vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages auf einer Anhörung am 20. Juni 1984 gegen Gorleben aus – fanden sogar Eingang in das Papier. Ein Standort dürfe keine „signifikanten Nachteile“ (sic!) aufweisen, die Nähe zu kerntechnischen Einrichtungen sei sogar ein Vorteil. Mit jedem Castortransport nach Gorleben wird demnach ein Endlager Gorleben wahrscheinlicher, was hat das mit wissenschaftlicher Redlichkeit bei der Standortauswahl zu tun?

Gorleben ist verbrannt, geologisch und politisch. Hier wurde nach der Erkundungsphase 1986 mit dem Bau der Schachanlage begonnen, auf der Basis des Bergrechts wie in der Asse II,

also ohne jede Öffentlichkeitsbeteiligung. Zu dem Demokratiedefizit kommt der galoppierende Glaubwürdigkeitsverlust: auch der Asse II und dem Endlager Morsleben wurde von Experten Sicherheit bescheinigt. Behörden und Politiker haben alle Warnungen von Kritikern ignoriert. Die einstürzenden und absaufenden Atommülldeponien wurden in skrupelloser Weise politisch verteidigt und von der Atomwirtschaft genutzt. Ein erster Schritt, um die Glaubwürdigkeit bei der angeblich ergebnisoffenen Endlagersuche herzustellen, wäre der Verzicht auf Gorleben.

Die Ernsthaftigkeit der Politiker, die sich von Gorleben verabschieden wollen bzw. Alternativen zu Gorleben erkunden wollen, wird sich ganz leicht an zwei Essentials messen lassen: Wird das Moratorium aufgekündigt, ohne dass andere Standorte erkundet werden? Wird die Finanzierung der Endlagersuche jenseits von Gorleben politisch durchgesetzt, also werden die Abfallverursacher zur Kasse gebeten? Das käme einer Machtprobe zwischen Politik und Atomwirtschaft gleich, die bisher auf der Basis der Endlagervorausleistungsverordnung allein für den Schacht Konrad und Gorleben zahlen mussten – die Sanierung der Asse II und Morslebens läuft über den Bundeshaushalt. Ein Hebel wäre die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds, in den die Atomstromproduzenten die sogenannten „Rückstellungsmilliarden“ für die nukleare Entsorgung (rd. 30.000.000 Euro) einzahlen müssen.

Wolfgang Ehmke

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden die Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Molent-deckert („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus der Öffentlichkeit entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brannelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anzehitzte“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BLM musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierbare radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brannelementen v. erhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand von vier Bevölkerungskreisen nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von KOK) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster KOK-Transport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/

Subjektives Endlagersymposium Resümee

Mister X aus der Löwenvilla in Clenze, war einer der vier Berichterstatter auf dem Endlagersymposium, die am Ende der Veranstaltung frank & frei ein Resümee ziehen durften.

Danke an Programmgruppe für die Planung, Danke an Peter Hocke, sehr souveräne Moderation.

Dank an den Veranstalter, Sigmar Gabriel. In der Endlagerfrage wird sich die Glaubwürdigkeit der nächsten Regierung daran messen, ob und wie dieser Weg weiter beschritten wird.

Ich bin Willem Wittstamm, komme aus der ländlichen Region, wo die Menschen so irritierend resistent gegen ihre schicken Powerpoint-Präsentationen sind. Bin verheiratet, 5-facher Vater, Komiker, hat mein Haus mit Witzzen bezahlt. Vom Veranstalter wurde ich gebeten, zu diversen Fragen Stellung zu nehmen (im Folgenden fett). Außerdem möchte ich einige hier vorhandene Tabus ansprechen (im Folgenden kursiv). Geht gleich los.

Erstes Tabu: über Geld redet man nicht. Wir machen jetzt mal ein Stimmungsbild:

Wer von Ihnen ist auf eigene Kosten angereist?

Wer von Ihnen berechnet Spesen und Wochenendpauschale?

Ich frag das, weil ich hier 2 Stränge sehe:

Menschen, die sich nachweislich Sorgen machen.

Menschen, denen es um den Entsorgungsnachweis geht, um den Stempel, der das großes Geschäft am Laufen hält!

Zum Fragenkatalog:

Wurden neue Lösungsansätze präsentiert?

Es war sehr über raschend zu hören, welche zum Teil nachahmenswerten Vorgehensweisen in anderen Ländern praktiziert werden. Hervorheben möchte ich:

- Gordon Mc.Kerron aus Großbritannien, dort werden inzwischen kritische Wissenschaftler eingebunden.

- Oder die klaren Worte, die Hans Wanner aus der Schweiz über die Notwendigkeit demokratischer Beteiligung gefunden hat.

- Wichtig auch die ethische Verantwortung, die vor allen von den Gastreferenten herausgestellt wurde.

Ich hoffe sehr, dass diese international anerkannten Grundlagen irgendwann auch hier greifen.

Worauf fast alle Redner Wert legten: Um alle an einen Tisch zu kriegen, muss es eine alternative Endlagersuche geben. Da geht kein Weg dran vorbei! Ausgeklammert wurde leider: Wer bezahlt sie? Sollte da nicht mal jemand seine Telekom-Aktien verkaufen?

Was war Konsens an den 2 Tagen?

Vor allem die Notwendigkeit von Transparenz. Es wurde kein Gegenargument hierzu geliefert. Lebendige Transparenz heißt aber: Akteneinsicht! Ein zutiefst demokratisches Prinzip! Wie aber sieht es in der deutschen Wirklichkeit aus? Fragen Sie mal Herrn Messerschmidt, wie oft ihm schon der Aktendeckel vor der Nase zugeschlagen wurde! Kritische Wissenschaftler sind sehr kostbar. Und: Letztendlich minimieren die sogar Ihre Kosten! Wer wirklich die erhoffte Akzeptanz will, muss als erstes solche Menschen in die Planungsgruppen bringen. Das ist mehrfach klar herausgestellt worden! Das muss passieren. Ansonsten ist das Gerede von Transparenz sozialverträgliches Gewäsch! Dann bleibt es bei dem Dada-Prinzip: decide, announce, defend, abandon (entscheide, verkünde, verteidige, verlasse). Oder ähnlichen Dinosaurier-Erfahrungen.

Das bringt mich zu Tabu No 2: Der Glaube an die technische Unfehlbarkeit:

Ein Aspekt, den eigentlich die anwesenden Kirchenvertreter hätten her ausstellen können. Was gibt uns Würgern die Legitimation, Sicherheits-Prognosen über einen Zeitraum von

100tausenden von Jahren anzustellen? Ihre Stempel, meine Herren Wissenschaftler, sind Anmaßung und Gotteslästerung! ... Ist Ihnen dieser Begriff fremd? Dann stellen Sie sich bitte in einem Moment der Ruhe die ergebnisoffene Frage: Wem werden ihre Urenkel eher eine Kerze anzünden? Demjenigen, der dafür gekämpft hat, den radioaktiven Müllberg möglichst klein zu halten? Oder dem, der unser Strahlenerbe immer weiter vergrößert?

Hierzu gleich noch 'nen Tabu, das mir bei Atomstromern auffällt: Problemwurzeln benennen.

Stellen Sie sich vor, Ihre Wohnung steht unter Wasser, weil die Badewanne überläuft. Was machen Sie zuerst? 'Nen Wischlappen häkeln oder den Hahn schließen?

Haben argumentationsorientierte Dialoge stattgefunden

Ja, herausheben möchte ich hier den Block „Anforderungen an die Beteiligten“, vor allem die Antworten von Prof. Ortwin Renn, Universität Stuttgart. Ich zitiere: „Ohne ein ergebnisoffenes Auswahlverfahren mit starken Mitwirkungsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung ist kein Neuanfang und damit eine Akzeptanz für einen Endlagerstandort möglich.“ Der ergebnisoffene Dialog muss also draußen geführt werden! Klare Worte und für mich einer der Schlüsselsätze der ganzen Veranstaltung!

- Anderes Thema: Moniert wurde immer wieder Schützengrabenmentalität. Sie können ja vielleicht selbst mal rauskommen!

Was sind meine wichtigsten Beobachtungen?

Hier nur einige Schlaglichter, bei denen mir die Spucke wegblieb:

- Herr Riotto von der OECD/NEA: „Die technische Endlager-Sicherheit ist vorhanden“.

- Herr Bröskamp von der GNS: „Wir haben kein Müllproblem“.

Und Sie fordern allen Ernstes von uns, aus den Schützengruben rauszukommen???

Sehr aufschlussreich auch Herr Hohlefeldler vom Atomforum: „... haben wir zwei Wirtsgesteine, Salz und Zuckerkorn ...“ Das hatte Bush-Qualität!

Zu dem heute Morgen ausgiebig behandelten Thema Sicherheit habe ich Ihnen eine sehr aussagekräftige Folie mitgebracht. (Foto meiner Tochter mit Plakat „Sicher ist nur das Risiko“)

Das bringt uns zu Tabu No. 4. Glücksspiel:

Beim letzten Castor transport habe ich mich vor eine Gruppe BGsler gestellt und gefragt, ob jemand ein Jahresgehalt darauf wettet, dass es in den nächsten 10 Jahren keinen Reaktor- oder Atommüll-Unfall gibt. Niemand wollte. Heute möchte ich die Chance nutzen, Ihnen diese Wette anzubieten. Evtl. einer der Herren vom Atomforum? Niemand? Warum so zögerlich? ... Doch etwas unsicher? Wie schnell sich doch manche Sachen klar herausstellen, wenn's um's eigene Geld geht!

Was nehme ich mit nach Hause?

Immerhin, Atomstromer und ihre Gegner haben einen Raum geteilt. Ob's was gebracht hat? Mein Gefühl schwankt zwischen Hoffnung und Angst: Die Intention des Symposiums habe ich als ernsthaft erfahren, ich befürchte aber, das es in der Zukunft als Alibi ausgeschlachtet wird. Kennen Sie die Endlager-Publikationen vom Wirtschaftsministerium oder vom Atomforum? Dort lese ich auf Hochglanz gedruckt: Gute Akzeptanz in der Region, alle technischen Fragen gelöst, etc, etc. Meine Angst ist, da bald außerdem zu lesen: „NEU, mit Ethik-Stempel und sozialverträglich getestet“.

Klar ist, die Wirtschaft wird nicht von selber den Willen



aufbringen, die Endlager-Problematik anders anzugehen. Eine Änderung der fatalen Situation kann nur aus der Politik kommen. Meine Hoffnung auf Umsetzung ist aber im Verlauf des Symposiums nicht grad gewachsen. Für mich bleibt nur eins: der Druck von der Straße. Das ist mir heute noch mal so richtig klar geworden. Mich gegen die Atom-mülltransporte querzustellen, das heißt für mich, auf Entscheidungsblockaden aufmerksam machen. Ihr Müll und ich, wir sehen uns. Bei Demoverbot, Allgemeinverfügung, Schlagstock und Wasserwerfer. Und ich werde da nicht allein stehen. Die Menschen wachen auf. Nicht weil sie Randalen wollen, sondern weil ganz konkret die Angst wächst im Land. Und zwar durch Ihre Schlampereien, meine Herren: ob in Krümmel, Forsmark, Brunsbüttel, etc. Sie werden die „grünen Wochen im Wendland“ ja wahrscheinlich nur vom Fernsehsessel aus verfolgen: Ich verspreche Ihnen schon heute: wir werden viele sein. Und wir werden anders wahrgenommen werden als bisher! Bestimmt haben sogar Ihre Erfüllungsgehilfen, die PolizistInnen beim Castor-Transport noch die Bilder vom absaufenden Atom-müll-Lager Asse im Kopf. Und verstehen, dass wir keine stumpfen Anti-Typen

sind sondern eine Welt einfordern, die für uns alle lebenswert ist. Auch für Sie!

Und das ist meine, wenn auch kleine Hoffnung, die dieses Symposium hinterlässt. Dass doch ein paar Gräben zugeschüttet wurden. Dass Atomstromer und ihre Lobby erkennen, dass wir so handeln, wie wir handeln, weil uns die Zukunft am Herzen liegt. Dass wir als Menschen wahrgenommen werden und nicht nur als Störfaktor. Der Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg schlägt sich als neutraler Austragungsort einer Symposium-Fortsetzungsrunde vor! Es liegt an Ihnen. Aber Vorsicht, wir zahlen keine Anfahrt.

Zum Schluss eine zentrale Erkenntnis?

Wenn Sie wirklich eine Lösung suchen, können Sie nicht weiter nach dem Dada Prinzip handeln. Sie müssen mit den Menschen rechnen und nicht mit Ihren Tabellen. Ich hoffe zutiefst, dass diese Veranstaltung dazu beigetragen hat, dass Sie unsere Beweggründe zumindest erahnen. Das hier kann nur ein Anfang sein. Das hier muss fortgeführt werden. In unser aller Interesse. Und im Interesse unserer Kinder! Ich danke Ihnen.

Willem Wittstamm

Hitzacker sich für die tonnen-schwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlierten sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungs-anlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich der Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atom-müll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerrecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planetarischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Verwirrung um Castor - Messergebnisse

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg fordert unabhängige Messungen und die Offenlegung der Messergebnisse schon im Vorfeld von Atommülltransporten. Hintergrund: Greenpeace ermittelte beim letzten Castortransport nach Gorleben im November 2008, dass die von den Behältern ausgehende Neutronenstrahlung rund 500 mal höher als die natürliche Hintergrundstrahlung war. Im Mittel war die Neutronenstrahlung damit 40% höher als beim Transport 2005.

Zwar lägen die Messwerte noch innerhalb des Rahmens des verkehrsrechtlichen Grenzwertes, dennoch fordert Greenpeace, dass die offiziellen Messergebnisse direkt veröffentlicht werden, "damit Begleitpersonal, Anwohner und Demonstranten wissen, welcher Strahlung sie ausgesetzt werden". Konkret ermittelten Greenpeace-Experten am Dannenberger Verladebahnhof in 14 Metern Entfernung noch eine Neutronenstrahlung von bis zu 4,8 Mikrosievert pro Stunde. Eine Kontrollmessung zuvor ergab, dass die natürliche Hintergrundstrahlung am gleichen Ort bei 0,015 Mikrosievert pro Stunde lag.

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU), als Aufsicht über den Straßentransport hat "keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt". Nach Gefahrgutrecht läge der Grenzwert bei 4 Becquerel pro Quadratcentimeter, gemessen

direkt am Behälter. Wirrwarr um die Messergebnisse, denn Becquerel gibt die Anzahl der Atome im Zerfall pro Sekunde an, Sievert bezieht sich aber auf die biologisch schädigende Wirkung von Strahlung. Laut Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) liegt der zulässige Grenzwert für Menschen in 2 m Abstand bei 0,1 Millisievert pro Stunde, die zulässige Jahresdosis bei 1,0 Millisievert..

"Jeder Castortransport sendet Strahlung in die Umgebung aus. Begleitpersonal und Demonstranten dieser Gefährdung auszusetzen, widerspricht dem Prinzip des Strahlenschutzes, nach dem eine Strahlenanwendung gerechtfertigt sein muss", sagt Thomas Breuer, Atom-Experte von Greenpeace. "Da heute schon klar ist, dass Gorleben als Endlager nicht geeignet ist, sind die Transporte nicht gerechtfertigt. Ganz im Gegenteil: Irgendwann muss der strahlende Atommüll hier wieder weg geschafft werden." Der Salzstock in Gorleben hat Kontakt zu Grundwasser führenden Erdschichten und ist daher nicht als Endlager für hochradioaktiven Müll geeignet.

"Radioaktive Stoffe senden verschiedene Strahlungen aus. Ein Teil der Strahlung wird durch die Stahlwände und die darin eingelassenen Kunststoffstäbe des Castor-Behälters abgefangen. Neutronenstrahlen hingegen durchdringen die Metallwände, haben eine Reichweite von einigen hundert Metern und wirken von außen auf den menschlichen Körper. Die Neutronenstrahlung zählt zu den ionisierenden Strahlungen. Sie besitzt

genügend Energie, um aus elektrisch neutralen Atomen und Molekülen positiv und negativ geladene Teilchen zu erzeugen. Dies geschieht zum Beispiel beim Durchgang durch die Zellen des menschlichen Körpers. Die Zellen können dadurch geschädigt werden. Mögliche Folgen: genetische Veränderungen und Krebs. Je höher die Strahlendosis ist, desto wahrscheinlicher ist ein solcher Schaden. Neben der Neutronenstrahlung wird auch die Gammastrahlung nicht durch die Behälter abgeschirmt. Darüber hinaus würden im Falle eines Unfalls, bei dem der Castor-Behälter beschädigt wird, das Begleitpersonal, Anwohner und protestierende Menschen durch die strahlenden Stoffe selbst noch einer weitaus höheren Strahlendosis ausgesetzt. Übrigens: es kann natürlich zu Strahlenschäden kommen, auch wenn ein Grenzwert eingehalten wird.

Wirtschaftlichkeit vor Schutzinteressen?

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat in seiner Pressemitteilung zur Transportgenehmigung (30.04.08) behauptet: "Trotz der höheren Strahlung der Glaskokillen wird dieselbe Dosisleistung an der Behälteroberfläche erreicht, wie bei den bisher eingesetzten deutschen Castorbehältern." Schon die Überschrift "Erstmals französischer Behältertyp im Einsatz" stimmte nicht, sorgte doch schon der 1996 in Gorleben abgestellte französische Behälter TS 28 V strahlentechnisch für negative Schlagzeilen. 1997 wurde bei Neutronenmessungen an dem Kokillenbehälter



Der netten Schar, die Licht uns schuf in dunkler Winternacht, der habe ich für's nächste Mal schon Zündstoff mitgebracht.



Willi Müller, stets bemüht, dass keiner hungrig sei, bekommt die Leckerauswahl der Weihnachtsbäckerei.



Und alle, die da ausgeharrt im Sitze mit kaltem Po, die mach' ich - ja, das wird sie freu'n - mit einem Schlafsack froh.



Als meinen Beitrag und auch um die Standortfrage zu klären, schütze ich den ganzen Salzstock zu mit Nuss und Mandelkern.

ter im Deckel- und Mantelbereich festgestellt, dass die durchdringende Neutronendosisleistung 25 mal höher war als in der im Jahr zuvor gemessenen Behältermitte. Für das Begleitpersonal (Bahnmitarbeiter und Polizisten) bestand in Behälternähe eine erhebliche radiologische Belastung und die zulässige jährliche Effektivdosis konnte bei längerem Aufenthalt im Nahbereich des Behälters überschritten werden. Trotz dieses Nachweises wurde im unzureichend abgeschirmten Deckel-Mantelbereich kein Messpunkt festgelegt, um die Neutronenstrahlung zu messen. Offensichtlich rangieren Überlegungen zur Transportlogistik und Wirtschaftlichkeit weit vor dem Schutz- und Sicherheitsinteressen des Begleitpersonals und der Bevölkerung. Damals wie heute bleibt zu hinterfragen, warum nicht in den empfindlichsten Bereichen der Behälter gemessen wird.

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) bestätigte am 17. Dezember 2008 die Grenzpeacemessungen durch eine Mitteilung auf ihrer Homepage: "Dieser Wert ist plausibel und deckt sich mit den Abstandsmessungen in 10 m (8 Mikrosievert/h) und 20m (2 Mikrosievert/h), die unter Begleitung deutscher Behördenvertreter und Gutachter in Valognes durchgeführt wurden." Dann glaubt die GNS, den Spieß umdrehen zu können: "Das Inventar an Neutronenstrahlern beim diesjährigen Transport war dagegen bedeutend höher als in den Vorjahren. Die Messwerte beweisen also die verbesserte Abschirmung der neu entwickelten Behälter."

Dabei könnte die Angelegenheit ein Fall für die Staatsanwaltschaft werden. Die Gesetzgebung verlangt nämlich ein Strahlenminimierungsgebot. Der Paragraph 6 der Strahlenschutzverordnung

"Vermeidung unnötiger Strahlenexposition und Dosisreduzierung" verpflichtet dazu (1) "jede unnötige Strahlenexposition oder Kontamination von Mensch und Umwelt zu vermeiden" (2) "unter Beachtung des Standes von Wissenschaft und Technik und unter Berücksichtigung des Einzelfalls auch unterhalb der Grenzwerte so gering wie möglich zu halten". Das Gegenteil ist jedoch der Fall, die Strahlung wurde nicht minimiert, sondern drastisch erhöht. Zudem wird schon jahrelang eine Debatte um Grenzwerte geführt. Auch die Strahlenschutzkommission hinterfragte noch in diesem Jahr, ob es eine Neubewertung der Grenzwerte im Bereich von bis zu 30% geben müsse. Dadurch allerdings wären Transporte nach Gorleben in Frage gestellt.

Sage mir, wie du misst...

Im Rahmen der Ankündigungen verschärfter Kontrollen nach dem Transportestop durch den Kontaminationskandal (1998 – 2001) sollten auch Messungen und Wischtests am deutsch/französischen Grenzübergang bzw. in Wörth durchgeführt werden. Niedersachsens Umweltminister Sander nimmt dazu wie folgt Stellung: "An der französisch-deutschen Grenze wird nicht gemessen, weil sich an den Werten während des Schienentransportes nichts verändert." Am Dannenberger Verladekran wurden nur als Stichprobe 3 Behälter gemessen. Sage mir, wie du misst, und ich sage dir, wes' Mitarbeiter du bist? Die Messungen in Frankreich führt nämlich der Betreiber AREVA NC selbst durch "mit eigenen Geräten in Anwesenheit der deutschen Sachverständigen und soweit erforderlich auch der deutschen Behörden". Gleiches gilt laut Sander für die Messungen in Deutschland, die die GNS mit ihren Geräten selbst durchführt. Dies wirft

ein seltsames Licht auf die ungeklärte Rolle der zuständigen Aufsichtsbehörden wie Eisenbahnbundesamt, Gewerbeaufsichtsamt und NMU. Wird einer Sorgfaltspflicht wirklich nachgekommen, oder alles den Betreibern überlassen?

Auch darum fordert die BI die Offenlegung der Messergebnisse. Am 6.12. erinnerten Atomkraftgegner aus dem Wendland und Uelzen Bundesumweltminister Gabriel bei einem Besuch in Bad Bevensen im direkten Gespräch. In einem Offenen Brief mahnte die BI die Versprechungen des Ministers um Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung an und verlangte nachvollziehbare Messungen unabhängiger Einrichtungen an allen Castorbehältern im Zwischenlager.

Vorher kam es bereits bei einer Sitzung des Ausschuss Atomanlagen und öffentliche Sicherheit des Kreistages Lüchow Dannenberg zu einem Eklat. Dort sollten die Messergebnisse offen gelegt und verwendete Messverfahren und die zugrunde gelegten Rechenmodelle "transparent und allgemein verständlich" erläutert werden. Zudem sollte das Umweltministerium erklären, warum unabhängige Messungen nicht zugelassen wurden. Doch der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU), Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP), der Einsatzleiter der Polizei, Friedrich Niehörster, sowie die Vertreter des Eisenbahnbundesamtes und des Gewerbeaufsichtsamtes, stellten sich den Fragen der Kreistagsabgeordneten nicht. Niehörster hatte im Vorfeld der Transporte seine Polizeibeamten vor einem gefährlichen Strahlungsbereich von 6,5 m um die Behälter gewarnt. Die Anwohner der Transportstrecke, die in diesem Bereich leben, informierte er nicht.

Francis Althoff



Es hat mir Mut gemacht.



für's „Schienenpersonal“.



...



...



Start für alternative Endlagersuche hat begonnen

Berlin-Wilmersdorf und Hamburg-Altona in Konkurrenz zu Gorleben

Den Anstoß hatte der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gegeben und der Anlass war das Endlagersymposium in Berlin: Sigmar Gabriel plädiert für eine alternative Endlagersuche und legte dafür Sicherheitskriterien vor. Doch das Bundeskanzleramt würgte den engagierten SPD-Politiker ab, in dieser Legislaturperiode, so ließ die Bundeskanzlerin erklären, würde die Endlagersuche nicht mehr entschieden. So bliebe es bei der Einbahnstraße Gorleben trotz erheblicher Akzeptanzprobleme. 16 Tausendmal nein zu Gorleben hieß es zuletzt am 8. November.

Direkt vor dem Veranstaltungsort der internationalen Konferenz, auf der für drei Tage Experten, Politiker und die interessierte Öffentlichkeit über die Suche nach einem atomaren Endlager stritten, dem Logenhaus in der Emserstraße, forcierte nun die GeFAP (Gesellschaft zur Förderung von Akzeptanzproblemen) die von vielen Seiten geforderte vergleichende alternative Endlagersuche. Der Zwillingsalzstock Sperenberg-Wilmersdorf wurde am Donnerstag, den 30. Oktober, auf seine Tauglichkeit für ein atomares Endlager untersucht. „Das 10jährige Moratorium (Baustopp in Gorleben) wurde bisher nicht genutzt, um in der Sache voranzukommen, zu groß ist die paratenübergreifende Angst vor einem Akzeptanzverlust und Remmidemmi,“ sagte ein Firmensprecher. Markanter Blickpunkt war der ca. 7 Meter hohe Bohrturm.

„Die Genehmigung zum Aufbauen des Fördersturmes war mit so vielen Sicherheits-, Versicherung- und Nachweisen der Zuverlässigkeit des Betreibers GeFAP versehen, wie man es sich für

die Suche nach einem Endlager nur wünschen konnte,“ freute sich die Justitiarin Karen Ullmann nach erfolgreichen zähen Verhandlungen mit Berliner Behördenvertretern.

Die GeFAP verbuchte nach eigenen Aussagen großen Zuspruch. „Gorleben ist verbrannt, geologisch und politisch, also drängen sich Alternativen auf“, lautet die Firmenphilosophie. Bereits die Probebohrungen in Hamburg-Altona im August dieses Jahres belegten, dass der direkten Einlagerung von Atommüll schon in der Erkundungsphase nichts im Wege steht. Die GeFAP nahm

einige Fässer mit schwach- und mittelaktiven Abfällen an, die von Weißkitteln in Berlin auf dem Schienen- und Straßenweg – U-Bahn und Bus – angeliefert wurden. „Wir lagern sofort ein“, versprach die GeFAP. Zur Förderung der Akzeptanz sei jedoch der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft ein unschätzbare Vorteil, räumte der Firmensprecher auf Nachfrage ein.

Firmensprecher Wolfgang Ehmke

Justitiarin Karen Ullmann

GeFAP Geschäftsführerin Kerstin Rudek



Grüne initiieren Antrag auf Untersuchungsausschuss zu Atomlager Asse II

Was hat die Asse II mit Gorleben zu tun?

„Wir brauchen zu den unglaublichen Vorgängen um das vom Absaufen bedrohte Atomlager Asse II einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Die Regierung hat in der Sonderausschusssitzung im September, in zahlreichen aktuellen Fragestunden des Bundestags und bei der Beantwortung von schriftlichen Fragen die Aufklärungsversuche in nicht hinzunehmender Weise ins Leere laufen lassen. Etliche Anfragen auf Akteneinsicht wurden abgelehnt. Wenn die Regierung die konstruktive Zusammenarbeit mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern in derart penetranter und eklatanter Weise verweigert,

dann will sie etwas vertuschen“, vermuten Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Es dürfe nicht sein, dass die skandalösen Vorgänge um Asse II im Sande verlaufen. Die dort begangenen Rechtsverletzungen müssten geahndet werden. „Die von einer beträchtlichen Gefährdung ihrer Gesundheit betroffenen AnwohnerInnen des Atommülllagers haben ein Anrecht auf Information und Schutz. Jahrelang wurden sie über den Sicherheitszustand falsch

informiert. Angesichts der inzwischen bekannt gewordenen Rechtsverstöße kann Vertrauen erst wieder entstehen, wenn die Verantwortlichkeiten schonungslos aufgezeigt und Konsequenzen gezogen werden. All das gilt umso mehr, als Asse früher als das Pilotprojekt für das geplante Atomendlager Gorleben gehandelt wurde. Es spricht einiges dafür, dass der Skandal um Asse vertuscht werden soll, um das Lager in Gorleben doch noch durchsetzen zu können“, heißt es in der Grünen-Stellungnahme.





Gorleben, der Atommüll und ich

Liebe Community,
die letzten drei Wochen waren für mich außergewöhnlich ereignisreich. Unser Protest am Zwischenlager in Gorleben hat viel mehr körperliche und vor allem auch emotionale Kraft von mir eingefordert, als ich jemals vermutet hätte.

In Gorleben ist es so, dass da hauptsächlich ein kleines Völkchen namens Wendländer seit fast 30 Jahren Widerstand gegen ein unsicheres Endlager für Atommüll leistet. Sie sind mal mehr, mal weniger in ihrer Anzahl, weil das sehr darauf ankommt, wie viel Zeit und Geld der Rest der Republik für Protest übrig hat. Asse war in diesem Jahr eine gute „Werbeshow“ für Gorleben, weshalb auch knapp 15.000 Demonstranten kamen. Das Thema Atommüll ist gerade in.

Aber ist das auch in zwei Jahren, wenn der nächste Castor rollt, wieder so? So etwas gerät schnell in Vergessenheit und wenn nichts passiert, dann war es das mit dem Protest. Dann sind es wieder nur 5.000 Menschen, die unser aller Leben und Gesundheit verteidigen. Da fällt es dann Kanther und Co. auch wieder leichter zu beleidigen und die Verursacher des strahlenden Mülls merken, dass sie weiter machen und weiter verdienen können, weil es einfach keinen Menschen im Rest des Landes interessiert.

Auffallend war auch, wie stark bei dem diesjährigen Transport Politik und Gewerkschaft vertreten war. Letztere waren noch nie dabei, wie mir von einem widerstandserfahrenen Bauern versichert wurde. Also ist das Thema Mainstream und das bedeutet, dass es, wenn sich damit allgemein keine Angst mehr machen lässt, wieder in die Schublade gepackt wird. Dann ärgert es nur noch die Wendländer. Vielleicht braucht es erst ein deutsches, schwedisches oder französisches Tschernobyl, damit das Volk begreift, dass jeder Einzelne daraus betroffen ist und -Achtung, jetzt kommt eine Phrase – wir alle Ukrainer, Weißrussen und Wendländer sind.

Die gute Seite ist, dass sich diese Menschen im Wendland nicht unter kriegen lassen. Die Schlechte ist, dass sie alleine gelassen sind.

Dieser Schlag Menschen, den man durchaus als das demokratische Gewissen Deutschlands bezeichnen kann, gibt die berechtigte Hoffnung, dass Zusammenhalt und Zusammenarbeit keine schlechte Strategie für die Zukunft ist. Es ist so etwas wie eine selbsthilfende Gruppentherapie für einen ganzen Landstrich, damit die Hilflosigkeit nicht verzweifeln lässt und die Wut nicht explodiert. Und es ist zutiefst demokratisch.

Die Wendländer wissen, dass sie die Einfahrt der Castoren in das Zwischenlager nicht verhindern können, denn der Staat ist mächtig und lässt nicht mit sich reden und sich schon gar nicht erpressen.

Aber sie kämpfen weiter und sind der Stachel im Pelz der Atomstromerzeuger und der Politik, die im Übrigen jederzeit wegen unterlassener Hilfeleistung vom Volk verklagt werden müsste.

Von Vertrauen in die Politik kann man dort nicht viel spüren, wenn man sich mit den Menschen unterhält. Es sind eher Gespräche über die großen Enttäuschungen der nicht erfüllten Versprechen. Da nützen auch ein paar Fahnen in grün oder rot recht wenig, denn sie unterstreichen die politischen Phrasen lediglich in Farbe. Diesen politischen Protest kauft dort kaum einer ab.

Es gäbe noch viel mehr zu berichten, über nette Polizisten und Polizistinnen zum Beispiel. Da gibt es viele die Verständnis haben und nicht selten Humor, die dem Protest und den Demonstranten zustimmen und die trotz aller Anstrengungen während dieser Einsätze, einer schlechten Bezahlung und der Verpflichtung, den Dienstherrn nicht zu kritisieren oder zu hinterfragen, ihre Menschlichkeit nicht verlieren.

Und es gibt die Arschlöcher in Uniform, die einem auf der Straße sitzenden Demonstranten mal eben einen Hieb aus der Hüfte heraus verspassen. Ein Polizist, um genau zu sein ein Gruppenführer, drehte einem jungen Mann beim wegtragen von der Sitzblockade den Daumen so weit um, dass dieser vor Schmerz laut schrie. Es gab keinen Grund so zu handeln und war nur die Zurschaustellung vollendeter Omnipotenz.

Am Ende kommt es immer sehr auf den einzelnen Menschen an und darauf, was er im Kollektiv macht. Das gilt für beide Seiten. Die Einen müssen das Falsche verteidigen, weil sie mit Arbeit erpressbar sind und per Gesetz das Maul halten müssen und die Anderen wollen schlicht und ergreifend nur ihr gutes Recht und suchen nach Wegen und Möglichkeiten, dieses Recht friedlich aber wirkungsvoll einzufordern. Das wiederum ist für „Nichtbetroffene“ (das gefühlte Nichtbetroffensein beginnt hinter Lüneburg, Schwerin, Wittenberge, Stendal, Wolfsburg, Celle und Soltau) langweilig und will auch keiner im Fernsehen sehen. Manch ein zu kurz Denkender und selten Einheimischer, wirft dann mit Steinen oder zündet irgendetwas an, was dann argumentativ gegen alle v erwendet und im Fernsehen gezeigt wird. Das ist das, was die „Nichtbetroffenen“ sehen wollen und was nur zu gerne von den Medien bedient wird. Auch wird in diesen Momenten lautstark und auf Teufel komm raus kriminalisiert, wofür sich hauptsächlich Lobbyisten verantwortlich zeichnen dürften, gleichwohl diese Parolen von der Politik verkündet werden.

Die Wendländer, also die, die das strahlende Zeug vor der Haustür liegen haben und im Falle eines GAU's* lediglich die ersten sein werden, die

einen qualvoll strahlenden Tod „erleben“, fragt keiner. Die kommen nicht zu Wort, weil ihr Wort für das Fernsehen zu gefährlich ist nach 30 Jahren Trainingslager. Sie könnten nämlich Politik machen.

Natürlich, man hält ihnen bei den Protesten oft genug eine Kamera vor die Nase. Aber das Gesagte wird auf 15 Sek. beschnitten, weil für den ganzen Beitrag nur 1:30 Min. zur Verfügung stehen. Was wäre denn, wenn langjährige Widerständler wie Jochen Stay von x-tausendfach quer oder Susanne Kamien von der bäuerlichen Notgemeinschaft so viel Redezeit in den Tagesthemen bekämen, wie Frank-Walter Steinmeier oder Wolfgang Schäuble? Warum sitzen diese Beiden nicht, wenn es um das Thema geht, auf den vielen Sofas der Talkshows im deutschen Fernsehen? Warum wohl...?

Sei's drum, das Wendland hat einen Widerständler mehr. Nämlich mich. Albert Einstein sagt: „Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.“

Das möchte ich gerne so stehen lassen, bevor ich denen, die bis hierher gelesen haben, ein erst kürzlich erschienen Buch empfehlen möchte. Es ist meines Wissens nach das erste Buch, das die Geschichte des wendländischen Widerstandes erzählt. Es ist kurzweilig geschrieben, mit vielen Geschichten, Interviews und Anekdoten, mit Traurigem und Lustigen, mit Aha und mit Pfui Teufel. Das Buch ist eine Dokumentation von Susanne Kamien und Max Rheinländer und heißt „ÜberMacht und Phantasie“. Es ist am 07. November, rechtzeitig zur Eröffnung des Hütendorfes „Republik Freies Wendland“ im Eigenverlag bei der i.wend Projektagentur für 24,90 Euro erschienen. ISBN-Nummer 978-3-928177-19-7, zum Bestellen:

<http://de.indymedia.org/2008/10/230643.shtml>

Anbei noch eine sehr interessante und wie ich finde gut gelungene Dokumentation vom NDR über die Menschen im Wendland. Sie ist auch länger als 1:30 Min. und die GEZ-Gebühr wert, die eventuell dafür ausgegeben wurde. o) Unser Dorf der Republik freies Wendland ist auch zwei Mal zu sehen und wer aufpasst, der kann Jochen (Walter) beim Arbeiten zuschauen.

Liebe Grüße, Olaf

Teil 1:

<http://www.youtube.com/watch?v=QWIEZg94o3s>

Teil 2:

<http://www.youtube.com/watch?v=4erFbPgh7Vg>

* GAU = Größter Anzunehmender Unfall, Steigerung: „Supergau“ oder politisch korrekt in Kernkraftwerkbetreibersprache: „Auslegungstörfall“

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/GAU>

Januar und später ...

- 1.1.09 14 Uhr**, Neujahrsempfang „Wir lassen's krachen!“ an der Gorlebener Endlagerbaustelle
- 10.1.09 16.30 Uhr**, Laternenumzug gegen Atom Müll im Asseschacht ab dem Kohlmarkt Braunschweig, www.asse2.de
- 10.-11.1.09**, workshop in Frankfurt zu NATO-Feierlichkeiten am 3./4.4.09 in Baden-Baden und Strassburg, www.attac.de
- 14.1.09 20 Uhr**, Koordinationsgruppe Wendland/Sozialforum in Deutschland. Hitzacker, Zollstraße 2/ Kaminzimmer, www.sfid.info
- 18.1.09**, 1. Konferenz in Hannover zur Vorbereitung des 3. Sozialforums in Deutschland, www.sfid.info
- 24.1.09 16.30 Uhr**, Laternenumzug gegen Atom Müll im Asseschacht ab dem Kohlmarkt Braunschweig, www.asse2.de
- 24.1.09**, Demonstration in Oulu gegen den Bau von neuen Atomreaktoren in Finnland
- 27.1.-1.2.**, Weltsozialforum 2009 in Belém/Brasilien, www.weltsozialforum.org
- 4.-5.2.09**, Wintertagung Deutsches Atomforum in Berlin, Hotel Maritim proArte "Das Deutsche Atomforum (DAfF) wurde bereits im Jahr 1959 gegründet, um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu fördern." Aus: www.kernenergie.de*
- 7.2. 14 Uhr**, Regionalkonferenz Asse, Konrad, Morsleben – Ort wird noch bekanntgegeben, www.asse2.de
- 26.2. 19 Uhr**, Lichterkette von Braunschweig-Konrad zur Asse, www.asse2.de
- 6.-8.3.09**, Attac-Kongress „Kapitalismus am Ende?“, Berlin, TU
- 31.3.09**, 30 Jahre Treck nach Hannover
- 3./4.4.**, Gipfel zum 60-jährigen Bestehen der Nato in Baden-Baden und Straßburg
- 24.-26.4.**, Vierter McPlanet.com Kongress in Berlin, Technische Universität, www.mcplanet.com
- 26.4.09**, Tschernobyl-Jahrestag
- 12.-14.5.09**, Jahrestagung Kerntechnik Congress-Centrum Dresden, www.kernenergie.de
- 20.-24.5.09**, Ev. Kirchentag in Bremen, www.kirchentag.net
- 21.5.- 1.6.09**, KLP
- 3./4.10.**, Internationales Aktionswochenende und Demo im elsässischen Colmar, reseau.sortir.de/nucleaire
- 15.-18.10.09**, 3. Sozialforum in Deutschland, www.sfid.info

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

2009 Atomstromfrei in den eigenen 4 Wänden!!!

Endlich ein guter Vorsatz für das neue Jahr, der auch realisierbar ist !

Vorankündigung

Anfang 2009 startet die BI eine Stromwechsellkampagne. Du bist nicht der Einzige/Sie sind nicht die Einzigen, die noch nicht gewechselt haben. Aber jetzt im Wahljahr ist die Gelegenheit günstig, ein Zeichen gegen die Atompolitik zu setzen & den Atomstromern den Geldhahn zuzudrehen.

Also wie sieht's aus ???

Wir informieren nicht nur über alle Anbieter, sondern helfen – wenn gewünscht – bis zum Vertragsabschluß. Neben „Tschüß Vat-tenfall“ der Hamburger heißt es jetzt im Wendland, niX gelber Avac-on Atomstrom mehr, „Tschüß Avacon“.

Bessere Slogans bitte sofort im BI-Büro ansagen, der ausgewählte Spruch wird prämiert !

Angedacht sind Stromwechselstunden im BI- Haus in der Rosenstr. 20 in Lüchow und eine feierliche Übergabe eines „Zertifikates“ – „Atomstromfreie Wohnung“.

**Für dieses Projekt suchen wir noch
engagierte MitmacherInnen.
Lasst Euch überraschen &
„kommet zu Hauf“**



Kalender Castor 2008

Vom letzten Castor-Transport gibt es jetzt zwei "Foto-Wandkalender" mit Bildern von der bunten Vielfalt der Aktionen im Wendland.

Anti-Atom-Aktuell hat unter dem Motto widersTanz - ist nie umsonst einen Solidaritäts-Kalender zur Unterstützung des wider-sTanz-Nest Metzinger herausgegeben.

Bestellungen unter:

<http://www.anti-atom-aktuell.de/Kalender2009/>

Ein weiterer Kalender wird von X-tausendmalquer und Ausgestrahlt angeboten, Bestellungen unter:

<http://www.ausgestrahlt.de/atom/shop/kalender>

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 | Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnen-briefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert, F. Althoff

Bildmaterial: I + W Lowin

Mitarbeit: W. Ehmke, W. Wittstamm und viele andere.

Versand & Termine: L. Wente

Auflage: 1000

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr; Di + Do 15 - 18 Uhr